

Fraktion GRÜNE

In der Gemeindevertretung Zeuthen

vertreten durch die Fraktionsvorsitzende Anika Darmer



Interne Nummer

XXX

Beschlussvorlage

n.n.

Eingereicht für

Gemeindevertretung 17.3.2022

Titel

Ukraine-Krieg – Flüchtlingen helfen, unabhängiger von Gas und Erdöl werden

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung

1. verurteilt den völkerrechtswidrigen, von Wladimir Putin befohlenen Angriffskrieg gegen die Ukraine.
2. zeigt sich mit den Ukrainern und anderen in der Ukraine lebenden Menschen solidarisch, die vor dem Krieg flüchten müssen. Die Gemeinde Zeuthen soll alle Möglichkeiten prüfen, um Geflüchteten – auch kurzfristig – eine Unterkunft anzubieten. Neben kommunalen Wohnungen soll auch eine Unterbringung in anderen kommunalen Gebäuden geprüft werden. Besitzer von privaten Gebäuden, die dem Anschein nach nicht genutzt werden, sollen ebenfalls durch die Gemeinde angesprochen werden, Unterkünfte wenn nötig zur Verfügung zu stellen.
3. beauftragt die Gemeinde, darzustellen, wie die Nutzung erneuerbarer Energien samt Speichermöglichkeiten bei kommunalen Gebäuden (einschließlich kommunaler Wohngebäude) binnen 3 Jahren zum Regelfall werden.

Begründung

Der von Wladimir Putin angeordnete Angriffskrieg der russischen Armee ist in keiner Weise zu akzeptieren. Es führt zu unendlichem menschlichem Leid und Vertreibung. Familien werden – vielleicht für immer – getrennt. Kinder verlieren ihre Väter, Frauen ihre Männer und Mütter ihre Söhne. Binnen weniger Tage führte der Krieg bereits zu tausenden Verletzten und Toten. Neben Ukrainern, den Hauptleidtragenden dieses Krieges, gehören zu den Opfern auch tausende russische Soldaten, die - oftmals in Unkenntnis der wahren Beweggründe des Einsatzes – zu Kampfhandlungen gezwungen werden.

In dieser Situation gilt es, allen Schutzsuchenden unbürokratisch Obdach zu bieten. Auch Zeuthen muss daran seinen Anteil tragen.

Gleichwohl gilt es, bereits jetzt Konsequenzen aus den unmittelbaren Folgen für die Energieversorgung zu ziehen. Die Abhängigkeit von russischem Erdgas und Erdöl muss so schnell wie möglich reduziert werden, um Energie nicht länger als Erpressungsmittel nutzen zu können. Durch die Nutzung von Solarenergie und Energiespeichern kann auch im Bereich der kommunalen Gebäude gelingen.